

# MADE IN EUROPE

Bezirk Harburg

Programm zur  
Bezirksversammlungswahl  
2024

**Volt**

# Liebe Harburgerinnen und Harburger,

**wir freuen uns, Ihnen unser Wahlprogramm für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen 2024 im Bezirk Hamburg-Harburg vorzustellen.**

Harburg und die Metropolregion Hamburg gehören zu den wirtschaftsstärksten und wettbewerbsfähigsten Regionen Deutschlands und Europas – rund fünf Millionen Menschen leben und arbeiten hier. Im Herzen liegt Harburg mit seinen mittlerweile fast 175.000 Einwohner\*innen auf 125 km<sup>2</sup> Fläche.

Unser grüner Bezirk im Süden Hamburgs hat sich in den letzten Jahren deutlich sichtbar entwickelt. Ganze Stadt- und Wohnquartiere entstehen neu, um den wichtigen Wohnungsbau voranzubringen. Harburg verfügt über viel Grün, zugleich ist es aber auch ein stark pulsierendes, lebendiges Stadtquartier, das mit seinen vielen großen Arbeitgebern und der technischen Universität einen Wissenschafts-, Innovations-, Wirtschafts- und Medizinstandort mit herausragendem Potenzial bietet.

Harburg hat darüber hinaus einen hohen Erholungs- und Freizeitwert für den gesamten Hamburger Süden und strahlt damit weit über die Grenzen der Hansestadt hinaus. Ein wachsender Stadtteil muss aber auch besonders darauf achten, dass die vielen wichtigen Strukturen, die das Leben in Harburg so lebenswert machen, erhalten bleiben und behutsam mitwachsen: Der Verkehr muss vernünftig gelenkt werden, damit die Wohnbevölkerung nicht darunter leiden muss. Die schulische und medizinische Versorgung ist auf hohem Niveau zu sichern. Eine ausreichende Zahl von Kita-Plätzen muss zur Verfügung stehen, Freizeit-, Kultur- und Sozialeinrichtungen, behörd-

liche Dienstleistungen, Grünflächen für die Naherholung und Einrichtungen der Nahversorgung, der ÖPNV u.v.m. müssen in einer Stadt der kurzen Wege ebenso mitwachsen, wie gesunder, ansprechender und bezahlbarer Wohnraum in verschiedenen Wohnformen.

Die Entwicklung Harburgs ist hochspannend. Harburg braucht daher engagierte, durchsetzungsstarke Persönlichkeiten, die sich mit einem klaren Bekenntnis für unseren Stadtteil und die Menschen einsetzen.

Wir von Volt blicken dabei über den lokalen Tellerrand hinaus und suchen für Harburg ganz pragmatisch und ideologiearm nach den besten kommunalen Ideen und Lösungen in ganz Europa.

Mit Ihnen gemeinsam sind wir bereit für die Herausforderung!

**Wir freuen uns über  
Ihre Unterstützung dabei!**

# INHALT

- 1. BÜRGER\*INNENBETEILIGUNG, MITBESTIMMUNG UND TRANSPARENZ – DEMOKRATIE LEBT VOM MITMACHEN**
- 2. HARBURG UND SEINE VERWALTUNG STÄRKEN**
- 3. STADTENTWICKLUNG AKTIV, KREATIV UND NACHHALTIG MITGESTALTEN**
- 4. ZENTRENENTWICKLUNG IN HARBURGS INNENSTADT NACHDRÜCKLICH FÖRDERN**
- 5. UNIVERSITÄTSSTANDORT HARBURG**
- 6. WIRTSCHAFTSSTANDORT HARBURG – EIN ORT FÜR ARBEIT, INNOVATION, FORSCHUNG UND HANDWERK**
- 7. HARBURGS BINNENHAFEN: EINE PERLE UNSERES BEZIRKS**
- 8. NEUGRABEN KANN MEHR: ZENTRUM UND ATTRAKTIVER WOHNSTANDORT**

**9. MOBILITÄT IN DER STADT**

**9.1** Anreize für Nutzung von Bus und Bahn schaffen –  
Umwelt schonen, Lebensqualität erhöhen

**9.2** Fahrradfahren wie in Kopenhagen

**9.3** Für fließenden Verkehr, Lärmreduktion und die Verbesserung der Luftqualität

**10. KLIMASCHUTZ UNSER GEMEINSAMES ZIEL**

**11. FÜR GUTE INTEGRATION**

**12. SOZIALE INFRASTRUKTUR STÄRKEN –  
JUGEND, SCHULE UND FAMILIE 37**

**13. HARBURG – EIN GUTER UND STARKER STANDORT FÜR  
DIE KREATIVWIRTSCHAFT**

**14. KULTURPOLITIK IN HARBURG**

**15. HARBURG UND EUROPA**

# 1. Bürger\*innenbeteiligung, Mitbestimmung und Transparenz – Demokratie lebt vom Mitmachen

Volt steht für faire Kommunikation, Offenheit und Transparenz. Unser Ziel ist es, die Bürger\*innenbeteiligung in Harburg auf allen Ebenen zu stärken. Die bisherigen Formen der bezirklichen Beteiligungsformen sind in vielen Punkten verbesserungsfähig. Die Ergebnisse von Bürger\*innenbeteiligung in Harburg sind oft unbefriedigend, weil die Interessen der Menschen trotz formeller Einbindung nicht oder zu wenig berücksichtigt werden. Oft bleibt es bei bloßen Absichtserklärungen in Protokollen oder Anträgen. Im schlimmsten Fall wird jeder Einwand am Ende übergangen. Volt begreift Beteiligung grundlegend anders: Bürger\*innenbeteiligung ist das demokratiefördernde und unverzichtbare Dach über allen politischen Themenfeldern.

Im Bezirk sind das vor allem: Stadtplanung, Verkehr, Jugendhilfe und Kultur. Wir möchten Initiativen in Harburg auf allen Ebenen ermutigen und fördern und ihnen eine offene, transparente und bestmöglich organisierte Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Entscheidungsfindung in den Bezirken und auf Ebene des Senats ermöglichen. Denn Beteiligung muss bereits einsetzen, bevor Entscheidungen fallen. Sonst wird Beteiligung zu einer reinen Informationsveranstaltung, bei der die Bürger\*innen nur noch Präsentiertes zur Kenntnis nehmen und nur sehr geringen Einfluss auf Nebensächlichkeiten haben.

Die Entscheidung über das „Ob“ muss genauso ergebnisoffen geführt werden, wie die nachgelagerte Entscheidung über das „Wie“.

Wenn die Verwaltung Beteiligungsprozesse initiiert, muss allen von vornherein klar sein, wo, wann und von wem welche verbindlichen Entscheidungen gefällt werden können, wer die Ansprechpartner in Harburg sind, welche Art der Beteiligung genau vorgesehen ist und wie weit die Beteiligung reicht. Dabei müssen zu Beginn auch geeignete Formen der Beteiligung diskutiert werden. Die Verwaltung hat den Bürger\*innen die unterschiedlichen und geeigneten Formen der Beteiligung vorzuschlagen und sie bei der Auswahl einzubeziehen und ihnen nicht irgendein Vorgehen zu diktieren.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass erfolgreiche Bürgerentscheide der Hamburger\*innen nicht mehr einfach vom Senat an sich gezogen („evoziert“) werden können, sondern dass zuvor ein bezirkliches Schlichtungsverfahren zur verbindlichen Regel wird.
- Dass die Menschen in Harburg bereits frühzeitig in Entscheidungen einbezogen werden, bevor Fachbehörden oder Verwaltung bereits Festlegungen getroffen haben. Alle Phasen und Sachstände der Entscheidungsfindung müssen transparent und zeitnah veröffentlicht werden.
- Dass Beteiligung in Harburg generell barrierefrei, in einfacher Sprache und transparent für alle Menschen zur Verfügung steht.
- Dass alle Menschen aufgefordert und ermutigt werden, Beteiligung- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrem Bezirk einzufordern und vor allem auch wahrzunehmen, um eine aktive Bürgergesellschaft in Hamburg voranzubringen.
- Bei größeren Bauvorhaben mit Stadtbild prägender Funktion, Bürger\*innen über die im Baugesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten hinaus beteiligt werden. Die im Rahmen der Stadtwerkstatt Hamburg erfolgten Ansätze der Beteiligung und Information wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.
- Den Grad der Verbindlichkeit von Beteiligung auf allen Ebenen zu erhöhen. Dafür sollen die Rahmenbedingungen verbessert und zahlreiche Instrumente weiterentwickelt werden.
- Dass die Möglichkeit von Online-Eingaben gewährleistet bleibt und ihre Befassung im Ausschuss, auf Wunsch der Eingebenden, auch öffentlich erfolgen kann.
- Dass der Eingebende bei Bürger-Eingaben in Harburg immer die Möglichkeit erhält, bei den Beratungen über seine Eingabe anwesend zu sein.
- Dass Bürger\*innen bei allen öffentlich tagenden Ausschüssen und auch bei nicht öffentlich tagenden Unterausschüssen, Fragen im Rahmen einer angemessenen Bürgerfragestunde stellen können.
- Dass Ergebnisse von Unterausschüssen ohne Öffentlichkeit, unter Beachtung geltenden Rechts, umgehend und umfassend öffentlich gemacht werden.
- Dass ein Inklusionsbeirat mit einem Stimmrecht in den Ausschüssen im Bezirk Harburg eingerichtet wird, um geltendes Recht nach der EU Behindertenrechtskonvention auf politische Teilhabe umzusetzen.
- Dass weiterhin Liveübertragungen der Sitzungen der Harburger Bezirksversamm-

lung ermöglicht werden.

- Dass Ausschüsse nur in rechtlich zwingenden Fällen nicht-öffentlich tagen.
- Dass die Grenzen der Finanzvolumen, ab derer eine Veröffentlichung von Verträgen im Hamburger Transparenzportal erfolgt, erheblich abgesenkt werden. Auch Abschlüsse unter einem Volumen von 100.000 € sind von öffentlichem Interesse.
- Dass Online-Petitionen entsprechend dem Verfahren im Deutschen Bundestag eingeführt werden.
- Dass es eine Festlegung verbindlicher Qualitätsstandards innerhalb der Beteiligungsverfahren gibt und die inklusive Beteiligungs Unterstützung für betroffene Menschen mit besonderem Bedarf wie z.B. Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migrant\*innen, gewährleistet werden.
- Dass eine regelmäßige Evaluation und Beachtung termingerechter Abläufe der einzelnen Vereinbarungen stattfindet, um deren Verbindlichkeit und vereinbarte zeitliche Umsetzung zu untermauern.
- Dass eine frühzeitige Information und umfassender Zugang zu allen Informationsquellen für die Öffentlichkeit in Harburger Plan- und Baurechtsverfahren, den Ausschreibungen, sowie den Wettbewerbsverfahren ermöglicht wird. Bei Bedarf sind persönliche Daten zu anonymisieren.
- Dass die Beteiligungsergebnisse zielgerichtet umgesetzt werden und es eine besondere öffentliche Begründungspflicht im Falle von Abweichungen gibt.
- Dass Kostensicherheit angestrebt wird durch die Einplanung fester und ausreichender Beteiligung Etats in den Haushaltsplanungen des Bezirks, damit wirklich unabhängige Moderationsverfahren, unabhängige Gutachten und fachliche Beratungen ermöglicht werden.
- Dass parteiische Gutachten, insbesondere Auftragsgutachten der Planer, der Investoren und ihrer Firmen zwingend durch unabhängige Gutachten ergänzt werden.
- Dass die Verwaltungen und ihre Dienstleister bei der Wahl der Tagungsorte für öffentliche Veranstaltungen die konsequente Trennung von Kirche und Staat beachten. Informationsveranstaltungen gleich welcher Art und zu welchen Themen auch immer, haben ausschließlich an geeigneten weltlichen Orten stattzufinden, um niemanden mit Rücksicht auf religiöse Empfindungen oder Ähnliches von der Teilnahme fernzuhalten.
- Dass Einflussnahme durch einseitigen und intransparenten Lobbyismus eingedämmt wird, indem wir darauf achten, alle Beteiligten vor einer Entscheidung zu hören. Es liegt in unserer Verantwortung, gerade denen eine Stimme zu geben, die sich keine professionellen Vertreter leisten können. Die Kriterien, nach denen die Argumente gewichtet und politische Entschei-

dungen zugunsten einer Seite getroffen werden, sind stets öffentlich und damit für die Bürger\*innen nachvollziehbar zu machen.

- Dass auf Gebührenerhebungen bei der Wahrnehmung von Informationsrechten oder bei der notwendigen Antragstellung an Behörden, die gerichtlichen Verfahren

zwingend vorgeschaltet sind (Bsp.: Antrag auf verkehrsbeschränkende Maßnahmen), verzichtet wird. Es darf nicht sein, dass engagierte Menschen mit hohen Bearbeitungsgebühren von der Wahrnehmung ihrer Rechte abgeschreckt werden.

## 2. Harburg und seine Verwaltung stärken

Die Bezirke haben als Teil der „**Einheitsgemeinde Hamburg**“ weniger Entscheidungskompetenzen als viele Gemeinden in der Metropolregion Hamburg, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Damit die Bezirksverwaltungen und Bezirksversammlungen dennoch die Interessen der Bezirke möglichst wirkungsvoll vertreten können, sollte der Bezirk Harburg mehr Eigenständigkeit und weitere Befugnisse erhalten, wie etwa bei Straßenbaumaßnahmen oder beim Verkauf städtischer Grundstücke im Bezirk Harburg.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass bei Entscheidungen über verkehrslenkende und bauliche Maßnahmen auf bezirklichen Nebenstraßen in Harburg die Befugnis von der „unteren Straßenverkehrsbehörde“ (sprich: der Polizei) auf den Bezirk Harburg übergeht. Die Einschätzungen der örtlichen Polizei sollen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.
- Dass der Bezirk Harburg beim Kauf und Verkauf von städtischen Grundstücken im Bezirk deutlich mehr Einfluss auf die zukünftige Nutzung dieser Grundstücke (bis hin zu einem Veto) bekommt.
- Dass die Grünflächen- und Tiefbauverwaltung in den Bezirken verbleibt und ausreichend mit qualifiziertem Personal ausgestattet wird.
- Dass es eine durchsetzungsstarke Grün- und Naturschutzverwaltung im Bezirk Harburg gibt.
- Dass Mittel für regionale Aufgaben bereitgestellt werden, mit denen der Bezirk Harburg eigenständig länderübergreifende Maßnahmen mit den benachbarten Landkreisen und deren Gemeinden im Hamburger Umland abstimmen kann.
- Dass für jede zusätzliche Aufgabe, die den Bezirken übertragen wird, von den Senatsbehörden genügend Personal zur Verfügung gestellt wird.
- Dass der bezirkliche Ordnungsdienst wieder eingeführt wird, da die Polizei viele Aufgaben von Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum schon aufgrund Personalmangels nicht alleine im erforderlichen Umfang wahrnehmen kann.
- Dass im Bezirk Harburg ein Inklusionsbeirat gegründet wird.
- Dass es ein gestärktes kommunales Wahlrecht im Bezirk Harburg gibt.

### 3. Stadtentwicklung aktiv, kreativ und nachhaltig mitgestalten

Wohnungsbau ist und bleibt die Herausforderung der nächsten Jahre. Die Wohnungspolitik muss zunehmend auf verdichtetes, innerstädtisches Wohnen setzen und damit auf rücksichtsvolles Bauen.

Bei dieser Art des Wohnungsbaus fällt der Politik immer wieder die Rolle des Mittlers zwischen Investoren und betroffenen Anwohnenden zu. Für Investoren ist eine gute Rendite wichtig und das heißt meist möglichst viel Bruttogeschossfläche zu realisieren. Anwohnende möchten meist möglichst wenig Veränderung in der Nachbarschaft. Hier ist rechtzeitige Bürgerbeteiligung wichtig. Das bedeutet, mit den Menschen im Gespräch bleiben, Bedenken ernst nehmen und deutlich machen, wo ggf. die Grenzen der Einflussmöglichkeiten sind. Nicht nur das Beispiel Binnenhafen Harburg, auch die Neubaugebiete in Neugraben und Fischbek zeigen, wie die erhebliche Nachfrage nach Wohnraum immer wieder zu Planänderungen im Sinne von dichterem und höherer Bebauung und deutlich mehr Wohneinheiten auf kleiner Fläche führt.

Wir von Volt sehen im Wandel der veränderten Bedarfslagen und des Drucks auf dem Hamburger Wohnungsmarkt die Notwendigkeit, Harburg aktiv und nachhaltig zu gestalten. Lediglich kurzfristigen Zwängen und Bedarfen nachzugehen, würde einer modernen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik widersprechen.

Harburg hat wie Hamburg insgesamt von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die jüngste Vergangenheit Fragestellungen von aktiver Gestaltung der Stadt, vor allem auch unter Einbeziehung der Bevölkerung, nicht wirklich aufgegriffen.

Stattdessen hat die Politik oft kurzfristige Notwendigkeiten vor Augen, etwa schnell Wohnraum zu schaffen oder das Angebot an vorhandenen Büroflächen zu erweitern. Stadtviertel wie etwa Neuwiedenthal oder andere Großsiedlungen mussten mit gewaltigem Aufwand saniert werden, damit sie für die Stadt attraktiv bleiben.

Auf Hamburger Ebene zeigt vor allem die Entwicklung in der HafenCity, dass die Menschen nach wie vor kaum in die Gestaltung ihrer Stadt einbezogen werden. Immerhin wurde aber zumindest in Fachkreisen vermehrt die Frage diskutiert, wie urbane Stadtstrukturen überhaupt geschaffen werden. Diesen Ansatz wollen wir konsequent weiterverfolgen. Dabei gilt es, neue und mutige Wege für Harburg zu beschreiten und vor allem verstärkt, in deutlicherem Umfang als bisher, eine breite Öffentlichkeit in Harburg in die Diskussion über moderne Stadtentwicklung und die Architektur bei Neubauten einzubeziehen. Gerade in dicht bewohnten Stadtgebieten ist der Freiraum für die Menschen eingeschränkt. Es gilt die Lebensqualität für alle zu erhöhen.

Besonders Kinder brauchen Freiräume, die bei einer zu dichten Bebauung und zu viel Verkehr nicht gewährleistet werden können. Der Zustand mancher Kinderspielplätze ist alarmierend. Genügend Grün- und Freizeitflächen sind zur freien Entfaltung der Menschen unerlässlich. Naturnahe Räume in Harburg müssen erhalten und in ihrer Qualität gestärkt werden.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass bei größeren Bauvorhaben mit stadtbildprägender Funktion, wie u.a. denen des Harburger Binnenhafens, mehr Bürgerbeteiligung, über die im Baugesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten hinaus ermöglicht wird. Die im Rahmen der Stadtwerkstatt Hamburg erfolgten Ansätze der Beteiligung und Information wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.
- Dass moderne, fachlich erprobte Formen von Beteiligung bei Auslobungsverfahren und architektonischen Wettbewerben angeboten werden, die den Interessen verschiedener Beteiligter entgegenkommen.
- Dass eine qualitativ bessere Bürgerbeteiligung im Rahmen von Auslobungsverfahren stattfindet. Wir wollen für Planungswettbewerbe ein zweistufiges Wettbewerbsverfahren. In der ersten Stufe werden die grundsätzlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Denkmalschutz, städtebauliche Positionierung, Kubatur, Baustil und Höhenentwicklung festgelegt und anschließend zur Diskussion gestellt. Das Ergebnis bildet dann die Grundlage für eine zweite Planungsstufe in Form eines Realisierungswettbewerbs. Auf diese Weise würde das berechnete Interesse der Öffentlichkeit an städtebaulichen Fragen ebenso sichergestellt, wie die im Vergaberecht verankerte Anforderung, dass bei Auslobungsverfahren in der überwiegenden Anzahl Fachleute über die Qualität der Wettbewerbsbeiträge entscheiden.
- Dass im Rahmen von Auslobungsverfahren und architektonischen Wettbewerben in Harburg, anders als bisher, künftig regelhafte Harburger Bürgervertreter\*innen in entsprechende, nicht öffentlich tagenden Auswahl Gremien entsendet werden sollen.
- Dass die Harburger Öffentlichkeit, bei den bisher weitgehend auf Fachleute bezogenen bezirklichen Wohnungsbaukonferenzen, verstärkt einbezogen wird. Hierzu ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der mit der Durchführung der Konferenzen betrauten Verwaltungen erforderlich.
- Dass die überaus dominante Stellung des Hamburger Oberbaudirektors (OD) durch einen stärkeren Einfluss der Hamburger\*innen sowie der Kommunal- bzw. Bezirkspolitik bei der Umsetzung von Bauvorhaben ausgeglichen wird.
- Dass die öffentliche Debatte in Harburg über Fragen von Stadtentwicklung und Architektur bei neuen größeren Bauvorhaben gefördert wird. Auf diese Weise könnte vermieden werden, dass Modeerscheinungen und Trends in der Architektur die Stadtentwicklung zu einseitig prägen und Fragen wie Aufenthaltsqualität und Identifizierung der Menschen mit der Architektur ihrer Stadt nicht oder zu wenig berücksichtigt werden.
- Dass die Stadt behutsam geplant wird. Harburgs große Bauprojekte brauchen mehr Mut, Innovation, alternative Bau-

stoffe, besseren Umweltschutz und mehr Aufenthaltsqualität.

- Dass in Harburg ein ausgewogener und sozialverträglicher Mix an Wohnformen besteht, sowie alternative Wohnformen, wie etwa Mehrgenerationenhäuser und Baugemeinschaften unterstützt werden.

- Dass es mehr attraktive Kinderspielflächen gibt, die stets in Ordnung gehalten werden.

- Dass es übersichtliche Wege gibt, die nicht zugeparkt sind, gute Sichtverbindungen beim Überqueren von Straßen ermöglichen und mehr Platz auf Bürgersteigen bieten.

- Dass der Bau von Quartiersgaragen vorangebracht wird, damit der öffentliche Straßenraum in Harburg von parkenden Autos entlastet wird.

- Dass Grünflächen dort ausgeweitet werden, wo sie rar sind, und mehr Bänke und gepflegte öffentliche Flächen entstehen, vor allem entlang unserer Straßen.

- Dass der erhebliche Schwund von Straßenbäumen in Harburg durch Nachpflanzungen für gefälltete Bäume gestoppt wird und Bäume bei Bauvorhaben besser geschützt werden

- Dass bei Neubauten besonders in dicht besiedelten Gegenden -über die formale Rechtslage hinaus- besonders auf die nachbarlichen Belange geachtet wird und die Betroffenen frühzeitig über Bauvorhaben informiert werden.

- Dass Neubauten sich in die vorhandene Bebauung gut einfügen bzw. geeignet sind, das Stadtbild aufzuwerten. In diesem Rahmen sollten die Menschen im Stadtteil mehr Mitspracherecht haben, wenn es um Neubauten geht, die das Stadtbild prägen.

- Dass verstärkt auf Sauberkeit in Harburg geachtet wird, Reinigungsintervalle verbessert und auf bedarfsgerechte Müllbehälter geachtet wird.

- Dass der Einzelhandel in Harburg vielfältig bleibt, bspw. durch digitale lokale Marktplätze für regionale Produkte unterstützt wird und die Genehmigung von Spielhallen und Wettbüros eingedämmt wird.

- Dass qualitativ hochwertige Baumaterialien verwendet werden und eine ansprechende und bedarfsgerechte Stadtmöblierung im öffentlichen Raum vorgenommen wird, beispielsweise Trinkwasserspender, öffentliche WCs, seniorengerechte Bänke und Handläufe, Blumenbeete, Spielgeräte etc.

- Dass Wohnungsbau in Harburg die gesundheitlichen Belange der Menschen im Hinblick auf Lärm- und Luftschadstoffe mehr als ernst nimmt. Hohe Wohnbebauung, entlang stark belasteter Magistralen, lehnen wir im Hinblick auf die nachgelagerten Gesundheitsfolgen der Bevölkerung und der sozialen Umweltgerechtigkeit ab.

- Dass Bedarfsanalysen von Investoren und ihren Instituten tatsächlich durch unabhängige Bedarfsanalysen für Harburg ergänzt werden. Der Bau von Mikro-Apartements und kleinsten Wohneinheiten

soll kritisch begleitet werden. Und zwar im Hinblick auf deren Anzahl, deren Betreiber, deren tatsächliche Belegungsstruktur, deren städtebauliche Nachhaltigkeit und ihre späteren sozialen Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Harburger Stadtteile. Wir wollen angemessenen Wohnraum für alle herstellen, vor allem für Familien, ohne die bloße Anzahl durch den übermäßigen Bau von Ein-Zimmer-Appartements in die Höhe zu treiben.

- Dass es keine weitere B-Planerische Veränderung, Bebauung und Verkleinerung von Gebieten mit Harburger Kleingartenparzellen für die Gewinnung von Industrie- und Gewerbeflächen gibt.
- Dass es einen sehr restriktiven Umgang gibt mit dem Instrument der Umwidmung von Harburger Wohngebieten oder Gewerbegebieten in sog. „urbane Gebiete“. Sie gehen einher mit einem geringeren Schutzstandard im Hinblick auf Lärmschutz und Bebauungsdichte, als Wohngebiete sie zum Schutz der Wohnbevölkerung bieten. Wir sehen darin die schleichende Aufgabe, der aus guten Gründen geschaffenen, speziellen Gebietskategorien, die den besonderen

Bedürfnissen des Wohnens oder des Gewerbes Rechnung tragen sollen.

- Dass die Abstimmung mit dem Umland in Fragen des Wohnungsbaus und beim Verkehr intensiviert wird. Die Teilnahme an länderübergreifenden Nachbarschaftsforen in Belangen des Wohnungsbaus und der Infrastrukturplanung soll deswegen auch Vertretern der Harburger Politik ermöglicht werden.
- Dass der Stadtteil Harburg Moorburg endlich als Erweiterungsfläche aus dem Hafentwicklungsplan entlassen wird. Die Umschlagszahlen des Hafens sind seit vielen Jahren rückläufig und rechtfertigen den vordringlichen Bedarf an Erweiterungsflächen für Hafenbetriebe nicht mehr. Der Ort kann sich seit Jahren nicht so entwickeln, wie es in einer wachsenden Stadt vernünftig und wünschenswert ist. Für Moorburg sind viele zukunftsfähigere Entwicklungsszenarien denkbar, beispielsweise als Standort für Wissenschaft und Technologie oder für dringend notwendigen Wohnungsbau. Der Erhalt historischer und denkmalgeschützter Gebäude ist darüber hinaus sicherzustellen.

## 4. Zentrenentwicklung in Harburgs Innenstadt nachdrücklich fördern

Harburgs Innenstadt befindet sich derzeit im Umbruch und hat die Chance einer großen Entwicklung. Es gilt jetzt alle Hebel anzusetzen, das Zentrum rund um die Lüneburger Straße endlich wieder zu stärken. Mit hochwertigem Wohnungsbau im Harburger Zentrum, der weiteren Umgestaltung des öffentlichen Raums, durch attraktive Wegeverbindungen von der Lüneburger Straße zum Phoenix-Center aber vor allem auch Richtung Harburger Binnenhafen sowie der Schaffung weiterer bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von attraktivem Einzelhandel muss der Trading-Down-Effekt für die Lüneburger Straße gestoppt werden.

Zwar sind nach jahrelangem Bemühen erste Erfolge bei der Aufenthaltsqualität und der Ansiedlung neuer Geschäfte zu verzeichnen. Dies wird aber alleine nicht reichen, die lange gewünschte Wende für Harburgs City einzuleiten. Nur dort kann lebendige Stadtkultur entstehen und ein attraktiver Einzelhandel bestehen, wo Menschen sich gerne aufhalten, weil sie sich dort wohlfühlen.

Gerade auch nach dem Ende des BID in der Lüneburger Straße dürfen die Aktivitäten zur Aufwertung des öffentlichen Raums nicht nachlassen. Wir wollen gemeinsam mit Verwaltung, Grundstücks-Inhabern und Geschäftsleuten, Senats-Behörden und Bezirk erreichen, dass es vielen Menschen wieder mehr Spaß macht, durch Harburgs Innenstadt zu bummeln, zu verweilen und einzukaufen.

Das Phoenix Center als Harburgs größter Publikumsmagnet hat seinen Anteil daran, dass andere Bereiche von Harburgs Innenstadt an Attraktivität verloren haben. Es muss deshalb gelingen, dass auch die Lüneburger Straße und weitere Bereiche der Innenstadt von den Besuchern des Einkaufszentrums profitieren.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass dem Gebäude des ehemaligen Karstadt Kaufhauses eine anspruchsvolle, Frequenz bringende Nachnutzung zuge-dacht wird. Der Standort war immer einer der wichtigen Ankerpunkte auf der Achse zwischen Phoenix Center, Lüneburger Straße, Sand, bis hin zum Binnenhafen. Ein langjähriger Leerstand wäre daher ganzen Bereichen der Innenstadt abträglich und würde diese weiter unter Druck setzen.
- Dass das Harburger City-Management weiterhin unterstützt wird.
- Dass auch nach dem Ende des BID Lüneburger eine attraktive Gestaltung der Beete etc. gewährleistet wird.
- Dass kreative Zwischennutzungen von leerstehenden Geschäftsräumen etwa durch kleine Einzelhändler\*innen oder durch Start-up-Unternehmen, Künstler\*innen oder werbliche Schaufenstergestaltung ermöglicht werden.
- Dass es freies WLAN in der gesamten Harburger Innenstadt mit der Option des weiteren Ausbaus gibt.
- Dass es eine attraktive Gestaltung der Fußgängerbereiche und der öffentlichen Plätze durch optisch ansprechende und den Nutzungsanforderungen gerecht werdende Möblierung, Beleuchtung, Begrünung und nachhaltige Bodenbeläge gibt.
- Dass der Herbert-Wehner-Platz auch nach dem Ende von Karstadt optisch und von seiner Aufenthaltsqualität her auf hohem Niveau erhalten bleibt.
- Dass attraktive Wegeverbindungen von Harburgs Innenstadt in den Harburger Binnenhafen geschaffen werden.
- Dass der Bau einer begrünten Landschaftsbrücke über die B73 und die Bahnstrecke hinweg endlich realisiert wird.
- Dass im Bereich zwischen Harburger Ring, Schloßmühlendamm und B73 die planerischen und konzeptionellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dieses Quartier für attraktiven, modernen Wohnungsbau zu entwickeln.

## 5. Universitätsstandort Harburg

Harburg ist ein lebenswerter Universitätsstandort, der mit seiner technischen Universität, dem NIT und den Instituten für die angewandte Wissenschaft über seine Grenzen hinaus wahrgenommen wird. Die Verbindung unserer beständig wachsenden Hochschule mit dem Bezirk Harburg wollen wir im Dialog mit dem Präsidium der TUHH, mit den Studierenden und dem Personal fördern.

Wir wollen den Wohnungsbau für Studierende und Auszubildende bedarfsgerecht voranbringen. Die Stadtteile rund um die Technische Universität in Heimfeld sollen für die dort arbeitenden Dozenten und die jungen Menschen während ihrer Ausbildungszeit möglichst attraktiv sein.

Durch die Entwicklung von geeignetem Wohnraum für Studierende und Auszubildende im Bezirk wird aber auch die Nachfrage nach preiswerten kulturellen und sozialen Angeboten wie Cafés, Kneipen, sportlichen und Freizeiteinrichtungen wachsen. Diese Angebote wollen wir durch unsere politische Arbeit fördern.

Wir begleiten die Ideen von Badeschiffen, Kletterparks und Beachclubs, Beachvolleyball Feldern, Wasserskianlagen, Open-Air Bühnen etc. wohlwollend. Auszubildende und Studierende sollen sich nicht mehr nur in Gebiete nördlich der Elbe orientieren, sondern auch in Harburg ein Zuhause finden.

Zusätzlich zur Schaffung von Wohnraum und Freizeitmöglichkeiten sollen auch neue TU-Institute im Bereich des Binnenhafens, in Moorburg oder der Harburger Innenstadt angesiedelt werden, damit sich der Universitätsstandort Harburg wettbewerbsgerecht entwickeln kann.

## 6. Wirtschaftsstandort Harburg – Ein Ort für Arbeit, Innovation, Forschung und Handwerk

Mit dem Innovationsquartier des Harburger Binnenhafens im Umfeld von TUHH, TuTech, DLR, Hit-Technopark oder dem Fraunhofer-Institut wird Harburg mehr und mehr zum Standort für Wissenschaft und angewandte Forschung. Darüber hinaus hat Harburg seine Position als Medizinstandort durch die Erweiterung des AKH weiter ausgebaut und verfügt mit Asklepios über einen der größten Hamburger Arbeitgeber. Diese Kompetenzen wollen wir weiter zur Marke ausbauen und daneben auch günstige Rahmenbedingungen für die weitreichenden Synergieeffekte schaffen.

Zusammen mit allen bereits seit vielen Jahren kontinuierlich daran arbeitenden Akteuren wollen wir vor Ort ein städtebauliches Gesamtkonzept für die wirtschaftliche Entwicklung Harburgs voranbringen.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass Harburg zu einem attraktiven Wohnstandort für Expert\*innen aus aller Welt wird, die in Harburg studieren, forschen und arbeiten wollen. Dazu gehört, ausreichend Wohnraum für Familien, Studierende und Auszubildende zu schaffen. Neben dem Bau von Studierendenappartements fördern wir auch den Bau von Wohnheimen speziell für Auszubildende. Vernünftige Wohnungsgrößen und Barrierefreiheit sollen dabei eine vielfältige Nutzung und mögliche Nachnutzung garantieren. Aber auch die Ausweisung attraktiver Einfamilienhaussiedlungen ist für den Standort wichtig, um der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und ihrer Kaufkraft in die Umlandgemeinden entgegenzuwirken.
- Dass auch Harburgs soziale Infrastruktur attraktiv mitwächst, um dieser Abwanderung entgegenzuwirken. Wertvolle Kultur- und Freizeitangebote, Schulen, Sportstätten, Schwimmbäder, Arztpraxen u.v.m. müssen modern mitwachsen, um Harburg zu einem attraktiven Ort zu machen, den Fachkräfte und Expert\*innen anderen Orten auf der Welt vorziehen.
- Dass Flächen im Hafenerweiterungsgebiet von Moorburg für die Nutzung bspw. im Bereich der angewandten Forschung geprüft werden. Wir sehen die Zukunft Hamburgs, in Zeiten sinkender Umschlagszahlen im Hafen, nicht zwingend in der Hafenwirtschaft allein. Konzepte für eng verzahnte Wohn- und Arbeits Quartiere für den Süden der Stadt, mit Forschungsmöglichkeiten vor Ort, sind auf den seit Jahren ungenutzten Flächen in Moorburg zu diskutieren und zu entwickeln.
- Dass dem Handwerk in Harburg wieder goldener Boden gegeben wird. Wir unterstützen auch innerstädtische Gewerbeflächenkonzepte, die besondere Rücksicht auf die anwachsende Wohnbevölkerung nehmen und Wohnen und Arbeiten in einer Stadt der kurzen Wege klug miteinander verzahnen und ermöglichen. Wo Gewerbeflächen in Wohngebieten zu klein werden, Belastungen für beide Seiten mit sich bringen und nicht mehr zeitgemäß sind, unterstützen wir Gewerbetreibende bei der Suche nach geeigneten Flächen und setzen uns für deren Ausweisung ein. Wir möchten, dass der Handels- und Handwerkskammer und den Handwerker\*innen bei der Erstellung der Gewerbeflächen-Programme mehr Gehör und Mitsprache eingeräumt wird.
- Dass dem Fachkräfte- und Nachwuchsmangel aktiv entgegenwirkt wird. Deswegen unterstützen wir die Zusammenarbeit der Universität und der Schulen mit den Kammern, um Nachwuchs zu finden und junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern. Unser besonderes Anliegen ist dabei, MINT-Fächer, Praktika und spezielle Begabtenkurse für Mädchen und junge Frauen zu fördern und diese auch verstärkt im Bezirk anzubieten. Die Schulen im Bezirk sind in jeder Hinsicht entsprechend auszustatten, damit qualifizierte

Schulabgänger später auch in Harburg bleiben und hier arbeiten können.

- Dass die Infrastruktur in Stand gehalten wird, und eine vernünftige, gebündelte Führung des Wirtschaftsverkehrs außerhalb sensibler Wohngebiete ermöglicht wird. Wir setzen uns für die Realisierung von Umgehungen, für LKW-Führungskonzepte, kluge Ampelschaltungen und die Verbesserung des Personennahverkehrs ein.
- Dass der Landkreis eine bessere, günstige und pendlerfreundliche Anbindung erhält, die den Individualverkehr weitgehend überflüssig machen soll. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive bei Preis, Komfort und Angebot, die Pendler begeistert tatsächlich umzusteigen. Aber auch die Ausweitung neuer Möglichkeiten ist uns wichtig – beispielsweise der Ausbau von Ladesäulen für

Elektroautos oder E-Mobility in Form von Wasserstofftankstellen im Binnenhafen Harburgs. Die Anbindung an Carsharing-Modelle darf an der Elbe nicht halt machen, sondern ist auch in Harburg voranzutreiben. Der Bezirk soll Vorreiter neuartiger Mobilität werden.

- Dass die Förderung und Vernetzung der Technologie-Szene des Hamburger Südens besser unterstützt wird. Marketingaktivitäten sollen gebündelt und Innovations-schwerpunkte identifiziert werden, damit junge Unternehmen und Start-Ups den Weg nach Harburg finden, sich hier ansiedeln und beste Bedingungen vorfinden.
- Dass nach einem möglichen Ende des Deutschlandtickets eine Ausweitung des vergünstigten HVV-Jobtickets auch auf kleinere Unternehmen möglich wird.

## 7. Harburgs Binnenhafen: Eine Perle unseres Bezirks

Der Harburger Binnenhafen hat eine herausragende Bedeutung für die aktuelle Stadtplanung im Bezirk. So sieht die Bezirksverwaltung ein Wohnungsbaupotenzial von weiteren 1500 Wohnungen im Hafengebiet. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von gewerblichen Bauprojekten, die zu einer erheblichen Nachverdichtung führen werden. Besonders weitere Hochhäuser werden wohl das zukünftige Gesicht des Binnenhafens prägen. Neben dem Hotel-turm am Veritaskai auf dem Gelände des ehemaligen Beach-Club sind in der Nachbarschaft dazu mit dem Projekt „Neuländer Quarree“ und dem Vorhaben auf der Fläche der ehemaligen Fabrik New York-Hamburger Gummi-Waren Compagnie zwei weitere Hochhäuser geplant. Nicht zuletzt soll in der Blohmstraße im Rahmen des Projekts „Hamburg Innovation Port“ ein bis zu 72 Meter hohes Gebäude entstehen.

Die Realisierung all dieser Projekte wird den Binnenhafen einerseits zweifellos bereichern. Andererseits wird sich das Quartier in seiner Anmutung stark verändern. Die Aufenthaltsqualität zwischen den hohen Häuserschluchten könnte leiden und das Kleinklima durch ungünstige Windkanäle Schaden nehmen. Auch das Erscheinungsbild des Binnenhafens aus der Ferne könnte sich eines Tages aus mancher Perspektive wie eine hohe Wand darstellen, wenn nicht konzeptionell und städtebaulich vorausschauend gegengesteuert wird. Gerade größere Bauprojekte sollten mit mehr Behutsamkeit als bisher angegangen werden, damit Harburgs Binnenhafen ein unverwechselbares Vorzeigequartier bleibt. Denn das ursprüngliche Konzept einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit droht derzeit aus dem Gleichgewicht zu geraten. Während künftig weiterhin viel neue Wohnbebauung realisiert werden soll, ist von Grün- und Freiflächen, die dem Sport, der Kultur und

der Freizeit gewidmet sind, von offizieller Seite kaum die Rede. Gerade auch mehrere kleine Grünoasen machen ein Quartier attraktiv. Es gilt, den besonderen Charakter des Binnenhafens zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hohe Aufenthaltsqualität für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen und hohe Standards bei der weiteren Gestaltung von „Harburgs Perle“ sind oberstes Gebot.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Binnenhafen und die angrenzende Harburger City entwickelt wird. Ziele sollen dabei sein, die sich abzeichnende massive Nachverdichtung durch Hochhäuser einzudämmen und Aufenthaltsqualität, verträgliches Kleinklima und maritimes Flair im Rahmen der weiteren baulichen Entwicklung sicherzustellen. Diesen Zielen entsprechend soll der bestehende Rahmenplan unter maßgeblicher Beteiligung der aktuellen RISE-Gebietsentwicklung "Harburger Binnenhafen / Neuland-Nordwest" angepasst und weiterentwickelt werden.
- Dass konzeptionelle und planerische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit bei künftigen Bauvorhaben großzügig angelegte, öffentlich zugängliche Grün- und Freiflächen gesichert werden. Wilde Grünflächen, wie heute an der Harburger Schloßstraße/ Kanalplatz, dürfen nicht einfach ersatzlos verschwinden.
- Dass die Belange von Kultur, Sport und Freizeit bei weiteren Planungen besonders berücksichtigt werden.
- Dass alle Anstrengungen unternommen werden, um attraktive Freizeiteinrichtungen mit Strahlkraft über den Bezirk Harburg hinaus für den Harburger Binnenhafen zu gewinnen.
- Dass im Binnenhafen die Möglichkeiten verbesserter Wasserwege ausgeschöpft werden. Das beinhaltet bessere Fährverbindungen oder den Anschluss an ein Netz von Flusskreuzfahrten.

## 8. Neugraben kann mehr: Zentrum und attraktiver Wohnstandort

Neugraben-Fischbek befindet sich im Umbruch. Die Bevölkerung steigt stetig an und das Quartier erhält ein anderes, teilweise völlig neues Gesicht. Große Neubaugebiete im Westen und Norden und weiterer Wohnungsbau im Zentrum eröffnen jedoch auch die Chance, das Neugrabener Zentrum als Einkaufsstandort wieder zu stärken. Wohnungsbau in Zentrumsnähe bringt auch neue Kunden mit sich. Zudem wächst mit dem Wohnungsbau auch die sonstige Infrastruktur, wenn auch längst nicht immer so zügig wie es erforderlich wäre.

Dort wo viele Menschen neu hinzuziehen, muss vor allem der Ausbau der gesellschaftlichen und sozialen Infrastruktur (insbesondere Kitas und Schulen) erfolgen. Denn bereits heute ist die Versorgungslage nicht ausreichend. Besonders die ärztliche Versorgung ist ein großes Problem, da mehrere Arztpraxen aufgrund mangelnder Nachfolge in den kommenden Jahren schließen könnten. Neu geordnet wird auch das klassische Ortsbild von Neugraben.

Neben Veränderungen durch Wohnungsbau im Zentrum selbst wurden auch Bürgeramt und Polizei vom Neugrabener Markt an den S-Bahnhof Neugraben verlagert. Dies hat einerseits Vorteile, da dieser Standort noch verkehrsgünstiger ist und leichter für alle Betroffenen in Süderelbe erreichbar ist. Andererseits sorgen sich vor allem manche Gewerbetreibenden der Marktpassage, dass ihnen die Laufkundschaft vom Bahnhof zum „Ortszentrum“ verloren geht.

Deshalb ist es umso wichtiger, Wohnungsbau zentrumsnah neu zu realisieren, zugleich aber unnötige Nutzungskonflikte zu minimieren und für eine hohe Aufenthaltsqualität zu sorgen. Außerdem muss eine gute Erreichbarkeit des Zentrums mit allen Verkehrsmitteln sichergestellt und gestärkt werden.

Wir fordern, dass bei allen Bauvorhaben eine ausreichende Versorgung mit Ärzt\*innen, Sozialangeboten, Kitas und Schulen sichergestellt und nachgewiesen werden muss, bevor weiterer Wohnungsbau in größerem Umfang erfolgt.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass interessierte Kita-Träger ihre Konzepte wirtschaftlich und pädagogisch sinnvoll umsetzen können, die Mieten moderat sind und die Konzepte im Einzelfall vertraglich abgesichert werden.
- Dass die medizinische Versorgung durch das Setzen von Anreizen verbessert wird.
- Dass die Nachverdichtung im Neugraber Zentrum gefördert wird, um die weitere Wohnflächenausdehnungen im Westen und Norden angesichts der starken Nachfrage zu begrenzen. Der Wohnungsbau in unmittelbarer Marktnähe soll behutsam erfolgen, um mögliche Nutzungskonflikte im Hinblick auf Lärm und Aufenthaltsqualität zu vermeiden. Massivität und Höhe der Gebäude müssen sich an dem vorhandenen Gebäudebestand orientieren.
- Dass bei Wohnungsbau in Zentrumsnähe ein entsprechendes Parkraumkonzept zu erstellen ist, damit Marktbetreiber nicht an der Ausübung ihres Geschäfts gehindert werden.
- Dass Grünflächen in Zentrumsnähe erhalten und aufgewertet werden, um die Aufenthaltsqualität zu steigern.

## 9. Mobilität in der Stadt

### 9.1 Anreize für Nutzung von Bus und Bahn schaffen – Umwelt schonen, Lebensqualität erhöhen

Harburgs Straßen sind überlastet. Der motorisierte Verkehr nimmt aufgrund der Attraktivität der Stadt als Arbeits- und Wohnort zu. Daraus ergeben sich bereits heute vielerorts kaum mehr hinnehmbare Stau-, Lärm- und Schadstoffbelastungen. Hinzu kommen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten u.a. durch längere Fahrtzeiten, einen erhöhten Treibstoffverbrauch sowie einen gesteigerten Instandhaltungsaufwand für die Infrastruktur. Eine moderne Verkehrspolitik ist gehalten, die Menschen durch Anreize zur Nutzung umweltfreundlicher und nachhaltiger Verkehrsmittel zu motivieren. In Harburg passiert leider zu oft das Gegenteil.

In der jüngeren Vergangenheit ist es wiederholt zu längeren Störungen des S-Bahnverkehrs auf der Linie S3/S5 gekommen. So gab es beispielsweise wegen Gleisbauarbeiten im letzten Sommer für mehrere Wochen einen S-Bahnersatzverkehr zwischen Wilhelmsburg und Harburg Rathaus, der nicht im Ansatz ausreichend war, um die hohe Anzahl der Fahrgäste zu befördern. Lange, unzumutbare Wartezeiten, völlig überfüllte Busse und Regionalzüge sowie eine verheerend schlechte Information seitens des HVV waren zu beklagen. Solche Zustände darf es künftig nicht mehr geben. Deshalb muss jetzt endlich massiv gegengesteuert werden. Neben weiteren Verbesserungen bei den bestehenden Schienenverbindungen ist eine von der S-Bahn unabhängige Schienenverbindung von Hamburgs Innenstadt nach Harburg erforderlich, auch um im Falle von Betriebsstörungen bessere Ausweichmöglichkeiten für den ÖPNV zu haben. Neben der wachsenden Bevölkerung im Bezirk Harburg sind allein in Wilhelmsburg ausgedehnte neue Wohngebiete im Bereich der durch die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße frei gewordenen Flächen vorgesehen.

Die Nachfrage für den ÖPNV wird massiv weiter wachsen. In Anbetracht der bereits dauerhaft vorhandenen Überlastung der S-Bahnstrecke nach Harburg und der weiterhin stetig steigenden Fahrgastzahlen der S3 und S5 ist der Bedarf für eine Verlängerung der U4 in Richtung Süden offensichtlich. Denn an Werktagen nutzen fast 130.000 Pendler\*innen die Strecke in Richtung Hauptbahnhof. Zudem muss es stets verkehrspolitisches Ziel sein, dem so genannten Bedarf für den ÖPNV einen Schritt voraus zu sein, statt dem Bedarf hinterher zu hinken. Denn attraktive Angebote bringen oft eine erhöhte Nachfrage mit sich. Vor diesem Hintergrund ist zügiges Handeln mehr als dringend geboten.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass der HVV in Harburg immer mehr zu einer wirklich emissionsarmen Alternative zum Individualverkehr wird .
- Dass der Service beim HVV hinsichtlich Sicherheit, Sauberkeit, Haltestellen-Qualität, Barrierefreiheit und Zuverlässigkeit weiter optimiert wird.
- Dass es weitere Taktverdichtungen der S3/S5 gibt.
- Dass die U4 weiter in den Hamburger Süden gebaut wird. Ein Weiterbau der U4 von den Elbbrücken Richtung Hamburger Süden ist überfällig. Hierbei sind zeitnah und alternativ auch überirdische, relativ kostengünstige Trassen zu prüfen, die umweltverträglicher und schneller zu realisieren wären.
- Dass es eine neue S-Bahn Haltestelle im Gewerbegebiet Hausbruch/Heykenaukamp mit eigenem Park and Ride gibt, um den Einwohnern von Hausbruch, Moorburg, Bostelbek, den Mitarbeitern des Mercedes Werks und all der weiteren Betriebe, sowie des Krankenhauses Mariahilf eine effiziente Nutzung des ÖPNV anbieten zu können.
- Dass die Linienbus Takte und Linienführungen bedarfsgerecht optimiert werden. Buslinienführungen in verkehrsberuhigten Wohngebieten sind dabei gem. der StVO zurückhaltend einzurichten.
- Dass der Einsatz von emissionsarmen Bussen massiv beschleunigt wird und diese vorrangig dort eingesetzt werden, wo die Lärm- und Schadstoffbelastung an den Straßen besonders hoch ist, wie etwa an der Winsener Straße (Nord).
- Dass gemeinsame Angebote mit Car-sharing-Anbietern entwickelt werden, um ÖPNV und PKW als Verkehrsmittel attraktiver zu machen.
- Dass Fahrstühle und Rolltreppen zu den S-Bahnhöfen stets funktionsfähig gehalten werden. Für mobilitätseingeschränkte Menschen ist der teilweise wochenlange Ausfall von Aufzügen und Rolltreppen unzumutbar.

## 9.2 Fahrradfahren wie in Kopenhagen

Hamburg und vor allem der Bezirk Harburg liegen im Vergleich zu anderen Städten in puncto Radfahr-Freundlichkeit deutlich zurück.

Der Hamburger Senat hat sich zwar das Ziel gesetzt, Hamburg zu einer Fahrradstadt mit einem Radverkehrsanteil von 25 % am Gesamtverkehrsaufkommen zu machen. In Harburg liegt der Radverkehrsanteil (Modal Split) derzeit aber nur zwischen 5 und 7 %. Diese Situation ist kaum verwunderlich. Denn im Bezirk existieren heute etwa 100 km Radverkehrsanlagen, wovon 98 km Hochbord Radwege, 1,2 km Radstreifen und 1,04 km Schutzstreifen sind.

Diese Radverkehrswege sind jedoch oft in einem schlechten Zustand. Während in den Jahren 2016 bis 2018 ca. 930 Meter Radverkehrsanlagen neu gebaut oder grundlegend erneuert wurden, sind im gleichen Zeitraum 2,98 km Radwege zurückgebaut worden. Oft wurde der Radverkehr einfach auf die Fahrbahn verwiesen, ohne entsprechende verkehrsberuhigende Maßnahmen wie etwa Tempo 30 anzuordnen. Ein solches Vorgehen macht das Radfahren für viele Menschen wenig attraktiv, weil sie sich auf der Fahrbahn nicht sicher fühlen. Das Radfahren macht auch keinen Spaß, wenn man stets damit rechnen muss, von Bussen oder Autos mit relativ hoher Geschwindigkeit auf der Fahrbahn überholt zu werden.

Zudem ist das aus dem Jahre 2009 stammende bezirkliche Veloroutenkonzept nicht mehr aktuell. Damals hatte die Bezirksverwaltung eine Verkehrsuntersuchung von Radwegrouten im Bezirk Harburg an ein Ingenieurbüro in Auftrag gegeben. In diesem Zusammenhang wurde ein Bezirks Veloroutennetz erarbeitet, das jedoch inzwischen von der Realität eingeholt wurde. Neben dem vermehrten Rückbau von Radwegen entlang definierter bezirklicher Velorouten haben sich auch die rechtlichen Rahmenbedingungen innerhalb der letzten zehn Jahre geändert. Der seit 2016 im Amt befindliche Harburger

Radverkehrsbeauftragte war bisher allein damit befasst, an der Erfüllung der Anforderungen im Zusammenhang mit dem „Bündnis für den Radverkehr“ zu arbeiten. Hier geht es ausschließlich um die Optimierung der landesweiten Velorouten 10 und 11, was leider auch sehr lange dauert.

Das alleine wird also bei weitem nicht ausreichen, dem Radverkehr auch in Harburg den nötigen Schub zu verleihen. Da das Bezirksamt nicht auf eigenes Personal zurückgreifen kann, muss die Fachbehörde Personal zwecks Förderung des Radverkehrs zur Verfügung stellen. Immer mehr Menschen erwarten, dass Hamburg als moderne Metropole endlich mehr für den Radverkehr tut. Es gilt daher Radfahren in Harburg zu einer attraktiven Alternative der Mobilität für viele Menschen zu machen.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass die sogenannten Velorouten für den Alltagsradverkehr konsequent weiter ausgebaut werden. Dabei ist im Einzelfall genau zu überprüfen, ob der Radverkehr auf der Fahrbahn geführt werden kann oder ob wegen objektiver und subjektiver Sicherheitsaspekte eine separate Radverkehrs-führung geboten ist.
- Dass vermehrt baulich sowohl von der Fahrbahn, als auch vom Fußweg getrennte Radwege nach Kopenhagener Vorbild eingerichtet werden.
- Dass dort, wo eine separate, von der Fahrbahn bauliche abgetrennte Radverkehrs-führung nicht möglich ist, vermehrt Radstreifen markiert werden. Auf Fahrrad-schutzstreifen sollte möglichst verzichtet werden, da diese nur einen geringen Schutz bieten.
- Dass das freizeitorientierte Radfahren in Harburg gefördert und deshalb begrünte und autofreie Fuß- und Radwegeverbindungen aus allen Stadt- und Ortsteilen in die Hamburger Innenstadt ausgebaut oder neu eingerichtet werden.
- Dass das bezirkliche Velorouten Konzept regelmäßig überarbeitet und öffentlich zur Diskussion gestellt wird.
- Dass dem Bezirk Harburg zwecks Förderung des Radverkehrs zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird, um ein bezirkliches Veloroutenkonzept zügig und qualitativ einwandfrei umzusetzen.
- Dass vorhandene Radwege in Harburg überall dort erhalten und im Bedarfsfalle ausgebaut werden, wo deren Nutzung sicher und sinnvoll ist. Im Zweifel sollen die Radfahrer wählen können zwischen Radweg und Fahrbahn. Den Abbau bestehender Radwege ohne ersatzweise verkehrsberuhigende Maßnahmen anzuordnen, lehnen wir ab.
- Dass das Fahrradleihsystem Stadtrad Hamburg im Bezirk Harburg weiter ausgeweitet wird.
- Dass mehr und bessere Fahrradabstellmöglichkeiten vor allem in Geschäftsstraßen, an Schulen, in Wohngebieten und an Haltestellen eingerichtet werden.
- Dass die Möglichkeiten des Fahrradparkens an allen S-Bahnhaltestellen im Bezirk deutlich verbessert werden. Gerade auch überdachte und gesicherte Fahrradstellplätze müssen im Rahmen des Bike+Ride-Entwicklungskonzepts ausreichend zur Verfügung stehen.
- Dass die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in S-Bahnen und Bussen erweitert werden.
- Dass eine regelmäßige Überprüfung und Mängelbeseitigung von Radwegen, Schnitt von Gebüsch und Bäumen, Reinigung wichtiger Radverkehrsanlagen und verstärkte

Kontrollen gegen Falschparkende stattfinden.

- Dass Radschnellwege eingerichtet werden, die von der Harburger City ins niedersächsische Umland führen, um so die Metropolregion auch radverkehrsmäßig besser miteinander zu vernetzen.

- Dass ein stadtweites "Winterradwegnetz" definiert wird, das auch bei Schnee und Eis regelmäßig geräumt und freigehalten wird.

## 9.3 Für fließenden Verkehr, Lärmreduktion und die Verbesserung der Luftqualität

Die Menschen in Harburg sind mancherorts in besonders hohem Maße von Lärm und Luftschadstoffen durch Straßen- und Schienenverkehr betroffen. Besonders der Wirtschaftsverkehr ist problematisch und hat einen überproportionalen Anteil an Lärm-, Feinstaub- und Stickoxid-Emissionen. Er macht die Menschen krank und schadet der Umwelt. Der Lkw-Verkehr sollte daher so weit wie möglich auf zentrale Routen konzentriert und aus den Wohngebieten herausgehalten werden. Der Verkehrsfluss muss gefördert werden, ohne Mensch und Umwelt stark zu belasten. Schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen, Kinder und Senioren brauchen besonderen Schutz.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass auf Harburger Straßen, bei denen der Lärmschutz-Grenzwert von 60 dB(A) nachts überschritten wird, sowie den dazugehörigen Ausweichstrecken nachts Tempo 30 angeordnet wird.
- Dass auf allen großen Zufahrtsstraßen Harburgs ein ruhiger, aber flüssiger Straßenverkehr durch intelligente Ampelschaltungen, grüne Wellen und Kreisverkehre ermöglicht wird.
- Zum Zwecke der Buslinienführung hat der HVV ein Arbeitsmodell entwickelt und vorgestellt, mit dem Ziel, die Grünanlage zwischen den Wohnhäusern der Gordonstraße und der Radickestraße durch eine herzustellende Straßenverkehrsfläche zu ersetzen. Wir befürchten das Entstehen einer Entlastungsstraße der angrenzenden Winsener Bundesstraße in diese 30er Zone. Das große Wohngebiet ist flächendeckend verkehrsberuhigt. Das Ansinnen des HVV läuft der derzeitigen Bauleitplanung in Flächennutzungsplan und Bebauungsplan zuwider, ebenso dem dort zugrunde liegenden Verkehrskonzept. Diese Linienführung lehnen wir im Hinblick auf die zu erwartenden Ausweichverkehre und die Schließung des mittleren Harburger Verkehrsrings ab. Die Schließung des mittleren Harburger Verkehrsrings würde zunehmend Verkehre in zahlreiche Wohngebiete von 7 Harburger Stadtteilen entlang des Ringes verlagern. Dieses stadtplanerische Ziel wurde bewusst aufgegeben, um genau dies zu vermeiden. Wir wollen diese Idee wegen der zu erwartenden starken Nachteile nicht wieder beleben.
- Dass die Einhaltung der jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch die Aufstellung von Blitzampeln, durch weitere Dialog-Displays sowie weitere moderne Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte sichergestellt wird.
- Dass die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten und Nebenstraßen geprüft werden und bauliche Flankierungen Bau- und Betrieb in Einklang bringen müssen, wenn Ihre Ziele nicht erreicht werden.
- Dass Tempo-30-Zonen und temporeduzierte Abschnitte vor sozialen Einrichtungen in Harburg konsequent eingerichtet werden, auch wenn es sich um HVV Strecken handelt.
- Dass ein LKW Führungskonzept erarbeitet wird, Telematik und Simulationen genutzt werden, es keine weiteren Strecken Ausweisung für Gigaliner gibt, regelmäßige echte Lärm- und Emissionsmessungen stattfinden, damit die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte garantiert wird. Dass mit Tonnagebegrenzungen und anderen geeigneten Maßnahmen gegengesteuert wird, wenn sich schwere Ausweichverkehre und Pendlerströme von den Hauptverkehrsrouten in verkehrsberuhigte Wohngebiete verlagern und manifestieren.
- Dass der Bau von Quartiersgaragen in

Harburg und die Herstellung ausreichender naturverträglicher Parkflächen bei Bauvorhaben gesichert sind

- Dass Kurzzeitparkplätze speziell für Soziale Dienste, Pflegedienste und Ärzte in Gebieten mit besonderem Parkplatzmangel eingerichtet werden.
- Dass das Baustellenmanagement und die länderübergreifende Abstimmung sowie die Abstimmung mit den Hamburger Fachbehörden und Landesbetrieben optimiert werden.
- Dass die Anwohner\*innen beim Ausbau der sogenannten erstmalig, endgültig herzustellenden Straßen frühzeitig und ergebnisoffen über Planungen zum Ausbau ihrer Anliegerstraßen informiert werden. Der zugrunde liegende Kriterienkatalog, der die Prioritätenliste der erstmals endgültig herzustellenden Straßen im Bezirk bestimmt, soll dabei mit Anwohnern, Politik und den Harburger Fachabteilungen gemeinsam erarbeitet werden. Den übermäßigen Ausbau von kleinen Anliegerstraßen ohne relevante Verbesserungen oder von Straßen ohne eine erkennbar relevante Verbindungsfunktion lehnen wir ab. Sämtliche Maßnahmen des Ausbaus sollen engmaschig mit den Anwohnern abgestimmt und durch öffentliche und dokumentierte Informationsveranstaltungen begleitet werden.
- Dass die Vorstellung von Planfeststellungen oder deren Änderungen für Infrastrukturplanungen vollständig und frühzeitig in öffentlichen Sitzungen erfolgen. Häufig finden diese Vorstellungen erst nach Ende der Einwendungsfrist für die Bürger\*innen statt. Die Einwendung ist aber Voraussetzung für eventuelle Klagemöglichkeiten der Bürger. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die öffentliche Diskussion zwischen Politik und Verwaltung, also die relevante Information erst stattfindet, wenn die Einwendungsfrist verstrichen ist.
- Dass mit dem Bauabschnitt B der A26 von der A7 bis zum Moorburger Hinterdeich erst begonnen wird, wenn die Realisierung der weiteren Bauabschnitte gesichert ist. Wir befürchten, dass der Bauabschnitt C womöglich nicht realisiert wird und der Verkehr dann, ab der neuen Abfahrt Moorburg (ehemals Abfahrt Hafen Harburg) über die jetzt schon überlasteten Verkehrswege wie die B 73, die Innenstadt und den Binnenhafen fließt. Grundsätzlich stehen wir dem Bau der A26 kritisch gegenüber, da wir außer einer eklatanten Umweltbelastung keine relevante Entlastungswirkung für Harburg erkennen.
- Den Anschluss von Haushalten an ein fossil basiertes Fernwärmenetz sehen wir kritisch, da wir in der Nutzung fossiler Brennstoffe nicht die Zukunft der Energiegewinnung sehen.

## 10. Klimaschutz unser gemeinsames Ziel

Mit dem Programm „Hamburg – gepflegt und grün“, dem Naturschutz-Großprojekt „Natürlich Hamburg!“ und dem „Naturcent“ erhalten die Bezirksverwaltungen zusätzliche Möglichkeiten, die Grünanlagen naturschutzgerecht zu pflegen und zu unterhalten. Von diesen Möglichkeiten sollte, anders als bisher, auch in Harburg verstärkt Gebrauch gemacht werden. Denn Grünflächen in der Stadt haben viele wichtige Aufgaben.

Neben dem Schutz des Bodens, der Verbesserung des lokalen Kleinklimas, der Regulierung des Wasserhaushalts und dem Lebensraum für Tiere und Pflanzen steht für uns vor allem auch der Erholungs- und Freizeitwert für die Menschen im Zentrum.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass bei der Aufstellung des bezirklichen Wohnungsbauprogramms in Harburg, die zu erwartenden Auswirkungen auf den Grünbestand verstärkt berücksichtigt werden.
- Dass bei der Bebauungsplanung Landschaftsachsen, Feldmarken, wertvolle historische Grünstrukturen, Gewässer und Gewässerrandstreifen und die Flächen des Biotopverbundes sowie ausreichende Pufferzonen um Schutzgebiete erhalten bleiben.
- Dass Freiräume und Brachen naturnah aufgewertet werden, um Tiny Forrests und Grüninseln für das Mikroklima zu schaffen.
- Dass Nachverdichtung in Harburg maßvoll unter dem Erhalt von Grün-Qualitäten gestaltet wird und Grünflächen in fußläufiger Entfernung eingeplant und geschaffen werden.
- Dass die Freiraumbedarfsanalyse und der Klimaplan beachtet werden und eine Prüfung der Einführung eines Biotopflächenfaktors (BFF) bei B-Planverfahren analog zu Geschossflächenzahl (GFZ), Grundflächenzahl (GRZ) etc. nach Berliner Vorbild durchgeführt wird.
- Dass Kompensationsauflagen aus Bebauungsplänen zeitnah, ortsnah, vollständig, funktionsgerecht und langfristig erfolgreich realisiert werden.
- Dass Umsetzung und Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen durch ausreichend Personal in den Bezirken sichergestellt werden.
- Dass die Flächen des Biotopverbunds im Rahmen bezirklicher Planungen (Festsetzungen in B-Plänen) gesichert und durch geeignete Maßnahmen entwickelt werden.
- Dass sich Harburg durch die Identifikation von Flächen, die zum Erhalt bzw. zur Stärkung des Grünen Netzes dienen können, an der Suche nach Kompensationsflächen beteiligt.
- Dass die bezirklichen Naturschutzgebiete in Harburg einen guten Zustand aufweisen.
- Dass die wertvollen, naturnahen Flächen in Gut Moor, die als Kompensationsflächen für die Logistikansiedlung in Neuland geschaffen und aufgewertet wurden, dauerhaft und daher endlich auch in den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als solche gesichert werden.
- Dass die Anstrengungen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie vernünftig gelenkt und die dafür erforderlichen Kapazitäten in der bezirklichen Wasserwirtschaft geschaffen werden. Im Rahmen einer Güterabwägung ist auf bestehende Landschaftsschutzgebiete, deren Flora und Fauna, sowie bestehende bezirkliche Siedlungsstrukturen, wie beispielsweise in

Harburg Sinstorf besondere Rücksicht zu nehmen. Belastungen für Anwohner sind zu vermeiden. Eventuell nachteilige Veränderungen auf Privat- und bezirkliches Eigentum, Baumbestand, öffentliche Wege etc. sind auf Kosten der Stadt oder des Bezirks beweissichernd zu dokumentieren und ggf. zu entschädigen, bzw. zu ersetzen.

- Dass städtische Gewässer mitsamt ihren Auenbereichen gemeinsam naturnah entwickelt werden, stets mit Rücksicht auf bestehende Siedlungsstrukturen und Privateigentum.
- Dass die stoffliche Belastung der Gewässer durch Überlauf-Ereignisse aus dem Misch-Sielnetz weiter reduziert wird.

• Dass bei aktuellen und künftigen Straßenbaumaßnahmen konsequent auf den Rückhalt und die Reinigung von Straßenabwasser geachtet wird, wenn diese direkt in Gewässer eingeleitet werden sollen. Auch bei bestehenden Straßen sollen Vorrichtungen zum Rückhalt und zur Reinigung des Abwassers nachgerüstet werden

- Dass eine zukunftsfähige Regenwasserbewirtschaftung in Zeiten des Klimawandels, die nicht mehr auf die reine Ableitung des Regenwassers, sondern auf eine dezentrale Bewirtschaftung abzielt, realisiert wird (RISA). Auf örtliche Gegebenheiten ist im Rahmen von Güterabwägungen stets Rücksicht zu nehmen, ggf. sind Maßnahmen nachzusteuern.

# 11. Für gute Integration

Mehr als jede\*r Dritte im Bezirk Harburg hat einen internationalen Familienhintergrund. Unsere Nachbarn sind entweder hier geboren oder vor kurzem in den Bezirk gekommen. Umso wichtiger ist es, alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu lassen, dies aktiv zu fördern und im Gegenzug auch zu wünschen. Nur so kann Integration gelingen. Wir setzen uns mit dem Thema Integration in Harburg in zahlreichen Gremien und Ausschüssen intensiv auseinander. Wir erarbeiten dabei sehr sensibel und mit ständigem Blick auf örtliche und soziale Gegebenheiten unsere Ideen zur Förderung eines guten Miteinanders für den Bezirk Harburg und seine Stadtteile.

Wir setzen uns für funktionierende Strukturen und die auskömmliche Finanzierung von zahlreichen tollen Projekten ein, die Harburger\*innen in Austausch mit Migrant\*innen bringen. Die Schaffung all dieser Möglichkeiten soll das weltoffene, tolerante und friedliche Miteinander in Harburg stärken. Nicht nur im Bereich der Integration spielt dabei das Ehrenamt eine herausragende Rolle. Auch hier entwickeln wir regelmäßig neue Ideen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken und das Ehrenamt besser anzuerkennen und zu unterstützen.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass gesellschaftliche Vielfalt auch als Chance wahrgenommen wird und wir eine Integration auf Augenhöhe ermöglichen. Dafür wollen wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen, erwarten aber auch einen erkennbaren Integrationswillen.
- Dass Harburger Beiräte, Projekte und unterschiedliche Strukturen der quartierbezogenen Integration finanziell auskömmlich befördert werden. Auf eine regelmäßige Bedarfsüberprüfung, das Erreichen möglichst vieler Menschen, eine fortlaufende Evaluierung der Projekte und die Vermeidung von Doppelstrukturen oder Personalunionen ist dabei stets zu achten.
- Dass der Bezirk eine dezentrale Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Wohnungslosen in kleinen, gut integrierbaren Wohneinheiten anstrebt, die den tatsächlichen Anschluss an die soziale Infrastruktur vor Ort ermöglichen.
- Dass es ein breites und gut ausgestattetes bezirkliches Angebot von stets evaluierten Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gibt, damit Integration gelingen kann.
- Die Unterbringung von Familien und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in räumlicher Nähe zu Vereinen, Institutionen und Glaubenshäusern, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, lehnen wir ab.

## 12. Soziale Infrastruktur stärken - Jugend, Schule und Familie

Die Kinder und die Jugend sind die Zukunft unseres Bezirks. Sie müssen bei jeder sozialpolitischen Planung im Bezirk besonders bedacht werden. Ihre individuellen Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten sind ebenso maßgeblich bei Entscheidungen zu beachten, wie die besondere Integrität der Familien und ihre Erziehungs- und Lebensplanung.

Um Individualität, Förderung, Inklusion, Integration, Binnendifferenzierung und flexible Betreuungsmöglichkeiten zu gewährleisten, braucht es eine vielfältige und bestens ausgestattete Bildungslandschaft, die allen gerecht wird.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass die Bedingungen an Harburger Schulen und Kitas verbessert werden. Bessere Betreuungsschlüssel für Harburger Kinder, bessere Ausstattung der Schulen und Kitas, bessere bauliche Zustände. Kein Ausverkauf der Schulhofflächen. Keine Raum- und Flächenkonzepte, die die Bedarfe der Kinder vernachlässigen.
- Dass Ernährungskonzepte gefördert werden, die täglich frisch zubereitetes, gesundes Schulessen, vornehmlich aus lokalen und frischen Produkten mit einem erhöhten Anteil von Bioprodukten angeboten werden.
- Dass Freizeit- und Bildungsangebote auch für (hoch)-begabte Schüler\*innen geschaffen werden, und auf bedarfsgerechte Betreuungsschlüssel im schulischen Ganztags geachtet wird.
- Dass die Bedingungen in der Jugendhilfe verbessert werden und dass attraktive Freizeit- und Sporteinrichtungen sowie verbesserte Schulschwimm-Möglichkeiten für den Bezirk Harburg gebaut und erhalten werden.
- Dass die frühkindliche Bildung weiter verbessert wird. Die Grundlage hierfür ist ein frühzeitiger und bedarfsorientierter Kita-Ausbau, um qualitativ hochwertige Kita-Betreuung nach den zeitlich individuellen Bedürfnissen der Familien zu gewährleisten. Wichtig ist, dass gleichberechtigt auch kürzere Betreuungszeiten (also 3,4,5 Stunden Intervalle) angeboten werden, um den Eltern möglichst viel Freiraum bei der eigenen Erziehung zu geben. Ein wichtiges Ziel für Harburg ist es auch, den Zugang von Eltern mit Migrationshintergrund zu Angeboten der frühkindlichen Bildung schon vor dem Schuleintritt zu steigern und zu fördern.
- dass die Vielfalt der Träger erhalten bleibt und der weitere Ausbau, insbesondere der kleineren Träger der Jugendhilfe, unterstützt wird. Darüber hinaus wollen wir über die Jugendhilfeplanung einen bedarfsgerechten Ausbau mit einer ebenso bedarfsgerechten Verteilung im Bezirk steuern.
- Dass sowohl öffentliche wie auch Schulen in freier Trägerschaft erhalten bleiben sollen. Wir wollen den Schüler\*innen Vielfalt und Entfaltungsmöglichkeiten in der Bildungslandschaft entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten ermöglichen. Dem wachsenden Lehrpersonalmangel an den Harburger Schulen, insbesondere den Grundschulen, soll begegnet werden, indem zentrale Verteilungssysteme geprüft werden und die Attraktivität der Lehrens an Harburger Schulen gesteigert wird.
- Dass Harburgs Schulen in wirtschaftlich benachteiligten Stadtteilen noch stärker mit zusätzlichen Ressourcen entsprechend ihrer Sozialindizes ausgestattet werden, um ein chancengerechtes und inklusives

Bildungssystems zu schaffen. Inklusion muss dabei endlich vernünftig im Bezirk umgesetzt werden. Wir wollen, dass die pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür an Harburger Schulen durch Sonderpädagog\*innen in den Schulen oder eine adäquate personelle Versorgung der Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) Harburg und Süderelbe geschaffen werden.

- Dass die Themen Demokratie, Toleranz, Erkennen jeglicher Formen der Radikalisierung und deren Vorbeugung sowie Medienkompetenz verstärkt behandelt und mit geeigneten Veranstaltungen unterstützt werden. (Bspw. die Einrichtung eines Harburger Jugendparlaments, Jugendbeirat).

## 13. Harburg – ein guter und starker Standort für die Kreativwirtschaft

Kreativwirtschaft darf weder rein ökonomisch noch rein aus Sicht der Kulturförderung betrachtet werden. Kreativwirtschaft braucht Subkultur und künstlerische Avantgarde. Kreativwirtschaft darf nicht nur unter dem Kulturlabel betrachtet werden. Damit wird man beiden Bereichen nicht gerecht. Volt will die Anerkennung von Kultur und Kreativwirtschaft als eigene Bereiche. Hamburgs Kreativwirtschaft UND die Kultur- und Kunstszene brauchen neben Anerkennung auch Transparenz und Freiräume, um weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität und Innovationskraft zu leisten.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass die Wirtschaftsförderung der Kreativgesellschaft der Wirtschaftsbehörde angegliedert wird. Kulturförderung darf nicht durch versteckte Wirtschaftsförderung geschmälert werden.
- Dass die Vernetzung der Behörden ausgebaut wird, und Strukturen und Zuständigkeiten so klar gegliedert werden, dass Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt werden. Hierzu soll es ein ämterübergreifendes „creative team“ geben, wie etwa in Amsterdam, wo Leitungspersonen von der Kultur-, Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsbehörde behördenübergreifend zusammenarbeiten.
- Dass kreative Räume und Arbeitsmöglichkeiten für Kreative in Harburg geschaffen und abgesichert werden, um der Abwanderung dieser Branchen entgegenzuwirken.
- Hierfür sollten die Stadt und der Bezirk Harburg die Kreativwirtschaft bei der Vermittlung von Immobilien besonders berücksichtigen. Bei nur temporär genutzten Objekten sollten Zwischennutzungen durch die Kreativwirtschaft in Betracht gezogen werden. Ziel muss es sein, dass kein verkehrssicheres Objekt im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg länger als ein Jahr leer steht.
- Dass auch ungenutzte Immobilien auf dem privaten Immobilienmarkt für die kreativwirtschaftliche Nutzung gewonnen werden.
- Dass mehr Rechtssicherheit für Start-Ups im Rahmen von EU Förderprogrammen und in Zusammenarbeit mit der Hamburger Kreativ Gesellschaft geschaffen wird.
- Dass ein ehrenamtlicher, zumindest bezahlbarer Coaching- und Expertenpool eingerichtet wird, der auf die spezifischen Bedarfe der Kreativwirtschaft ausgerichtet ist und z.B. der Musikbranche bei Urheberrechtsfragen, GEMA Problemen oder der Künstlersozialkasse helfen kann.

## 14. Kulturpolitik in Harburg

Hamburg ist eine Kulturmetropole mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot. Kultur ist mehr. Kunst und Kultur sind kreativ, hinterfragen, provozieren und regen zu Diskussionen an.

Unsere Kulturpolitik hat den Grundgedanken "Kultur für alle". Von der sogenannten „Hochkultur“ bis zur „Stadtteilkultur“ und der „freien Kunstszene“ finden sich viele Ausdrucksformen von Kunst und Kultur. Kultur ist nicht nur ein elitäres Freizeitvergnügen, sondern sie betrifft alle Menschen. Kultur ermöglicht persönliche Entfaltung und ein kulturelles Miteinander. Kultur und Kunst sind wichtig für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit Kunst trägt zur Aufklärung des Menschen bei, denn menschliches Urteilen gründet sich nicht nur auf rationalen Erkenntnissen, sondern auch auf sinnlichen Wahrnehmungen. Auch Harburg zeichnet sich durch seine kulturelle Vielfalt aus. Wir wollen sie erhalten und weiter beleben. Durch Einsparungen der Kulturbehörde werden primär große Einrichtungen gefördert. Die vielen kleinen Events, Einrichtungen, Initiativen und Ateliers sollen aber auch einen Platz im Bezirk haben. Wir halten Kulturförderung für ein zentrales Anliegen und wollen die kulturelle Teilhabe im Bezirk Harburg verbessern. Dazu gehört auch eine bessere Transparenz bei der Vergabe von Geldern für Projekte und Initiativen.

## VOLT SETZT SICH DAFÜR EIN:

- Dass die Stadtteilkultur in Harburg stärker gefördert wird. Veränderungen der Einwohnerzahl in Harburg müssen bei der Förderung besser berücksichtigt werden. Nicht nur das Bestehende, auch für neue Initiativen muss es Chancen für Förderung geben. Bei der derzeitigen Verteilung der Stadtteilkulturmittel in Hamburg, wird Harburg zu wenig berücksichtigt, das muss sich ändern.
- Dass selbstverwaltete Strukturen wie SüdKultur gestärkt werden, z.B. durch selbstorganisierte geförderte Zentren, die die spartenübergreifende Vernetzung und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen ermöglichen.
- Dass SüdKultur einen festen Etat für die Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk, beispielsweise u.a. für den Betrieb und die Pflege der Internetseite erhält. Wir können nicht erwarten, dass diese wichtige Arbeit immer ehrenamtlich geleistet wird.
- Dass die Öffentlichkeitsarbeit der Hamburg Tourismus GmbH auch für die freie Künstlerszene und die vielfältigen Kultur- und Kunstprojekte in Harburg intensiviert wird. Harburg hat eine reichhaltige Kulturszene, die auch nördlich der Elbe stärker wahrgenommen werden muss.
- Dass die Vernetzung aller Kulturschaffenden mit den bezirklichen Gremien gefördert wird, beispielsweise durch die Einrichtung eines Beirats für Kulturschaffende, der seine Empfehlungen an den Kulturausschuss der Bezirksversammlung aussprechen kann, und dort eine feste beratende Stimme hat.
- Dass es mehr Transparenz seitens der Kulturbehörde im Rahmen von Verwaltungsverfahren gibt.
- Dass ausreichend Personalstellen im Bezirksamt für den Bereich Kultur vorhanden sind, und ein\*e Kulturbeauftragte\*r für Harburg eingesetzt wird.
- Dass Anträge und Förderbewilligungen offengelegt werden, wie es in anderen Bezirken schon üblich ist.
- Dass Antrags- und Abrechnungsverfahren für Förderungen vereinfacht werden.
- Dass die Sammlung Falckenberg in Harburg bleibt. Die Exponate von Weltrang bilden eine wichtige und identitätsstiftende Sammlung für den Kulturstandort Harburg. Der Verbleib der Sammlung in Harburg ist langfristig durch den Bezirk, die Kulturbehörde und die Deichtorhallen sicherzustellen.
- Dass die Geschichtswerkstatt Harburg und Süderelbe weiterhin die Chance haben, ihrem ehrenamtlichen Engagement nachzukommen und historisch wertvolle Arbeit zu leisten. Stadtteilarchive und historische Ausstellungen sind wichtige Beiträge zur Kulturgeschichte. Jeder Bezirk sollte hier

gleichermaßen bedacht werden. Das Stiftungsvermögen für Geschichtswerkstätten soll dafür gegebenenfalls angepasst werden.

- Dass der Denkmalschutz historischer Gebäude in Harburg ernst genommen wird, genauso wie die Prüfung und Einrichtung von Milieuschutzgebieten, wo diese geboten sind und dem Schutz besonderer En-

sembles dienen.

- Dass die Harburger Kunstobjekte im öffentlichen Raum in einem vernünftigen Pflegezustand erhalten werden.
- Dass beispielsweise Apps und Webseiten, die Kulturpunkte in Hamburg verzeichnen, auch verstärkt Harburger Kunstobjekte und Kultureinrichtungen sichtbar machen.

## 15. Harburg und Europa

Da wir in einer immer stärker vernetzten Welt leben, wird der Austausch über Grenzen hinweg auch auf kommunaler Ebene immer relevanter.

In vielen Aspekten ist eine gute Zusammenarbeit in Europa unerlässlich: Sei es bei der Förderung städtischer Projekte, beim kulturellen Austausch oder um unseren Betrieben vor Ort einen möglichst guten Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften zu bieten. Aus all diesen Gründen ist es für uns wichtig, die Integration zwischen Hamburg, den Bezirken, anderen europäischen Städten und der EU zu verstärken.

## VOLT SETZT SICH FÜR EINEN EU-WELCOME-DESK EIN:

- Mit einem wachsenden Anteil ausländischer Mitbürger\*innen wächst die Nachfrage nach mehrsprachigen Informationen über die neue Umgebung. Daher fordern wir die Schaffung eines EU-Welcome-Desks als erste Anlaufstelle für EU-Bürger\*innen, der alle Informationen online und in physischer Form bündelt.
- Relevante Informationen werden von den sprachlich und interkulturell gut ausgebildeten Mitarbeiter\*innen des EU-Welcome-Desk gesammelt, verdichtet, in verständliche und anschauliche Form (Checklisten, Prozessbeschreibungen) gebracht und den Zügler\*innen in allen weit verbreiteten Sprachen zur Verfügung gestellt. Das Informationsangebot soll auch auf der Homepage des Bezirks Harburg zu finden sein. Die Aktualität der Informationen wird regelmäßig von den Angestellten des EU-Welcome-Desk geprüft. Darüber hinaus soll ein physisches Büro mit Sprechstunden und telefonischer Beratung (kurzfristig auf Englisch, mittelfristig auch in anderen Sprachen) angeboten werden.
- Der EU-Welcome-Desk ist als eine reine Informationsplattform in physischer und virtueller Form zu verstehen, die das bestehende Angebot zur Integration von Bürger\*innen aus dem EU-Ausland bündelt und intensiviert. Damit unterstützen wir das Recht der EU-Bürger\*innen auf Freizügigkeit durch Senkung der Integrationsbarrieren und tragen zur Linderung des Fachkräftemangels bei.
- Als Teil der umfassenden Unterstützung der Integration fordern wir die Etablierung eines ehrenamtlichen Patenschaftsnetzwerks unter dem Schirm des EU-Welcome-Desk. Dadurch wird nicht nur die Ankunft für neue Mitbürger\*innen erleichtert und ein gut vernetztes Zusammenleben erleichtert, sondern auch Bürger\*innen die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch und zur Verbesserung der Sprachkompetenz geboten.

### *Best Practice: EU-Welcome-Desk Brüssel*

Der Welcome-Desk ist in Brüssel seit über 25 Jahren ein Angebot für EU-Bürger\*innen und Unternehmen, die neu in Belgien bzw. Brüssel sind, um einen leichteren Einstieg zu schaffen. Das Angebot umfasst die Bereiche Arbeit, Bildung, Versicherung, Wohnen, Transport, Steuern, soziale Sicherheit und Leben, Informationen zu den Behördenverfahren sowie praktisches Wissen für das alltägliche Leben.

## EU-Akzeptanz stärken

- Wir sind der festen Überzeugung, dass die EU positive Auswirkungen auf Harburg und seine Bürger\*innen hat und wir als Gesellschaft davon profitieren. Deshalb muss der Bezirk auch dafür sorgen, dass die Vorteile der EU sowie die EU selbst sichtbar werden und sie proaktiv bewerben. Dafür halten wir eine aktive Kommunikation über die EU innerhalb Harburgs für sinnvoll – mit positiven Inhalten wie:

- abgerufenen Zuschüssen aus der EU für kommunale Unterstützungen
- Subventionen
- wirtschaftlichen Auswirkungen
- wichtigen Institutionen und Organen
- EU-Parlamentarier\*innen aus der Region als Ansprechpersonen

- Wir möchten, dass unser Bezirk sich aktiv in Europa vernetzt und an Angeboten und Programmen von EU-Institutionen teilnimmt.

## Aktivierung von EU-Partnerstädten

- Schon heute unterhält Hamburg internationale Städtepartnerschaften innerhalb der EU. Diese Partnerschaften sollen für alle Bürger\*innen erlebbarer und sichtbarer gemacht werden. Dazu gehören z.B. die Förderung von kulturellem Austausch Harburger Vereine, Schulen und Organisationen, die Förderung internationaler Austauschprogramme sowie Kooperationen in der Erwachsenenbildung. Auch die Möglichkeiten digitaler Gemeinschaftsprojekte sollten hier verstärkt betrachtet werden.



**Danke!**